

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XX/61

Bonn, den 30. März 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>Fürst Otto von Bismarck</u> Aus Anlass seines 150. Geburtstages	50
2 - 3a	<u>Bildungspolitik - vertagt bis nach den Wahlen ?</u>  Konzeptionslosigkeit der Unionsparteien hindert Fortschritte in der Bildungspolitik  Von Klaus Helfer - Bonn	61
3a	<u>Tüchtig, tüchtig !</u>  Herr Globke und die Reisekosten	24
4	<u>Wieder kalte Dusche für Bonn</u>  Europa-Pläne zunächst blockiert	34
5 - 6	<u>"Mutter, Mutter lass das Weinen ..."</u>  Die Leidensgeschichte eines Gesetzentwurfs Oder: Wie CDU/CSU - FDP den Müttern helfen wollte  Von Wolfgang Jansen	84
7	<u>Ein Bonner Schildbürgerstreich</u>  Atom Müll an der Zonengrenze  Von Klaus Rusticus, Hannover	42

## Fürst Otto von Bismarck

---

+++ - Bismarcks Bild hat sich im Wandel der Zeiten oft geändert. Für viele Deutsche aber ist und bleibt er der Schöpfer der deutschen Einheit. Er gilt als der Erfüller der Sehnsucht vieler Generationen deutscher Menschen, der, allen Widerständen auch im eigenen Volke trotzend, das grosse Werk der Überwindung der Kleinstaaterei vollbrachte.

Aber wie kaum ein anderer wusste wohl Bismarck, dass ein Deutsches Reich nur Bestand haben würde, wenn es nicht mehr sein will als der ruhende Pol im Getriebe einer sich wandelnden Welt. Vielleicht schwebte ihm gerade das als vaterländische Gesinnung vor.

Bismarck hat leidenschaftlich darum gerungen, dass dieses Deutsche Reich nicht in den Fehler verfiel, mit dem Wahlspruch "Viel Feind - Viel Ehr" zu leben. Seinem Genie verdankte Deutschland eine lange Friedensära, die unserem Volk noch über jene Zeit hinaus beschert blieb, in der ihn die Grossmachtssucht des Hauses Hohenzollern schon verbannt hatte. Es war Bismarck nicht beschieden, sein Werk sich entfalten zu sehen. Im Gegenteil, die trügerische äusserer Machtentfaltung trug schon den Keim des ersten Weltkrieges in sich.

Die von Bismarck geschaffene deutsche Einheit wurde von jenen zuerst bedroht, die ihn zwar bejubelten, aber nicht richtig verstanden. Die Idee eines Deutschland, das mitten in Europa als geachteter Staat auch im Sinne des Ausgleichs unter vermeintlichen Feinden wirken sollte, war das eigentliche Erbe, das Bismarck seinen Nachfolgern hinterlassen wollte. Keiner von ihnen, auch jene nicht, die sich später auf ihn beriefen, hat jedoch den Geist und die Kraft gehabt, die Bismarck befähigten, auch im früheren Gegner den zukünftigen Mitarbeiter zu sehen.

Keiner war so wie er imstande, Realitäten zu erkennen und diese wie Bausteine in ein grosses werdendes Gebäude einzufügen. Es hiess jedoch einem Staatsmann wie Bismarck Unrecht tun, wollte man ihn nur als eine Idealfigur der deutschen Geschichte sehen. Zum grossen Staatsmann gehört auch die Fähigkeit, seinem eigenen Werk den würdigen Nachfolger zu geben oder ein Fundament zu schaffen, auf dem ein solcher das Werk fortsetzen kann.

Der würdige Nachfolger ist nie sichtbar geworden. Und das Fundament, das Staatsgebilde Deutsches Reich, das er selbst erbaut hatte, erhielt von ihm nur das Fundament, welches seiner Vorstellungskraft entsprach. Es war dies die kunstvoll gefügte und nach Harmonie strebende Aussenpolitik eines Reiches, dem es jedoch versagt blieb, den inneren Frieden und damit die Kraft des weiteren Wirkens zu finden.

Bismarck, ganz das Kind seiner Zeit und seiner Herkunft, konnte gewiss nicht erkennen, dass ein modernes Zeitalter der Industrie neue Menschen und damit auch eine neue Gesellschaft gebären musste. Deshalb war sein Verhältnis zur kraftvoll sich erhebenden Arbeiterbewegung, zu den Menschen, die nicht Knechte bleiben wollten, fremd. Ihr Drängen nach Gleichberechtigung musste ein Mann wie er als den Versuch betrachten, an der Vorherrschaft seiner Welt und seines Standes rütteln zu wollen.

Ob Bismarck bei seinen späteren einsamen Wanderungen im Sachsenwald je geahnt hat, dass seine grosse Leistung auch aus diesen Gründen nicht Bestand haben konnte, können wir nicht wissen. Er selbst hat es nie zu erkennen gegeben. Trotzdem war er ein grosser Mann, ein grosser deutscher Staatsmann.

## Bildungspolitik - vertagt bis nach den Wahlen?

### Konzeptionslosigkeit der Unionsparteien hindert Fortschritte in der Bildungspolitik

Von Klaus Helfer - Bonn

Der Vorstand der SPD hat am Wochenende mit Bedauern zur Kenntnis genommen, dass die CDU die Bemühungen um eine Verständigung der Parteien über dringliche bildungspolitische Massnahmen vorerst nicht fortsetzen will. Die Begründung des CDU-Präsidiums ist bemerkenswert: Weil der Bereich der Kulturpolitik bereits in den vergangenen Monaten in die öffentliche Auseinandersetzung zwischen den Parteien einbezogen worden sei und weil dieses Parteiengespräch nun in die Zeit des beginnenden Wahlkampfes fallen müsste, hält die CDU die weitere Verfolgung des im Herbst von Dr. Adenauer begrüßten Vorschlages Willy Brandts gegenwärtig "nicht für sinnvoll".

Die SPD hat dazu festgestellt, dass es nicht an ihr liege, wenn infolge der seit September 1964 geübten Verzögerungstaktik der CDU keine Fortschritte erzielt werden konnten, dass es aber auch in Wahlzeiten möglich sein müsse, sich über dringliche politische Fragen, deren Lösung das Zusammenwirken der Parteien erfordert, sachlich zu verständigen.

Seit dem Herbst vorigen Jahres stehen zwei Fragenkomplexe dieser Art auf der Tagesordnung:

Die sachliche und zeitliche Abstimmung der Massnahmen, die in allen Bundesländern zur Überwindung der bildungspolitischen Engpässe sofort eingeleitet werden sollten und

die Berufung eines deutschen Bildungsrates.

Auf beiden Gebieten hat es seitdem keine Fortschritte gegeben:

- \* In der Kultusministerkonferenz waren die von der CDU/CSU vertretenen Bundesländer nicht zu bewegen, für die notwendigen Massnahmen bestimmte Termine festzusetzen.
- \* Die Verhandlungen der von den Ministerpräsidenten der Länder eingesetzten Kommission zur Vorbereitung der Gründung eines "Deutschen Bildungsrates" sind auf einem toten Punkt angelangt.

In beiden Fällen sollte die von der SPD vorgeschlagene Verständigung der Parteien sachliche Meinungsverschiedenheiten klären und die Verhandlungen der zuständigen Gremien erleichtern helfen. Wenn die CDU dies nun gegenwärtig "nicht für sinnvoll" hält, dann zeigt sie, dass die von ihren Kulturpolitikern in der letzten Zeit so wortreich bekundete Wende zu einer aktiven Kulturpolitik vorerst nicht viel mehr als leere Deklamation ist. Tatsächlich fürchten die Unionspolitiker des Parteiengesprächs deswegen, weil sich spätestens bei der Konfrontation mit den konkreten Vorschlägen der Sozialdemokraten herausstellen würde, dass es keine einheitliche Konzeption der CDU und schon gar keine der CDU/CSU gibt.

### Kein Konzept für ein Sofortprogramm

Dies gilt für einen gemeinsamen Aktions- und Zeitplan der Länder für Massnahmen, die schnellstens in Gang gesetzt werden müssen, wenn drohender Schaden noch rechtzeitig abgewendet werden soll. Dieses Vor-

haben scheiterte auf der Stuttgarter Sitzung der Kultusministerkonferenz, weil sich die Kultusminister der Unionsparteien nicht auf eine sachliche und zeitliche Abstimmung der erforderlichen Massnahmen einlassen wollten.

Daran ändert auch der Umstand nichts, dass es Kultusminister der Unionsparteien gibt, die in letzter Zeit unter dem Druck zwingender Notwendigkeiten in ihren Ländern beachtliche Anstrengungen unternommen haben, um der im Bildungswesen bestehenden Notlage Herr zu werden. Der letzte Kulturpolitische Kongress der CDU/CSU und die seitherigen Verhandlungen der Kultusministerkonferenz haben deutlich gemacht, dass die Unionsparteien weit davon entfernt sind, etwa die Auffassungen des Düsseldorfer Kultusministers Mikat über eine widerwillige Tolerierung hinaus mit der Zustimmung der verantwortlichen Parteigremien zur verbindlichen Linie christ-demokratischer wie christlich-sozialer Bildungspolitik zu erklären. Selbst die CDU allein ist dessen nicht fähig. Es wäre verdienstvoll, wenn der gegenwärtige Parteitag der CDU der Öffentlichkeit klarmachen könnte, ob Herr Mikat in Düsseldorf oder Herr Orth in Mainz oder Herr Hahn in Stuttgart als Repräsentant des kulturpolitischen Willens dieser Partei angesehen werden dürfen.

#### Auch zum Bildungsrat kein Konzept

Für die Vorstellungen über die Aufgaben und Funktionsweise eines "Deutschen Bildungsrates" gilt das gleiche. Im Herbst brachte die CDU/CSU eine Version von Kultusminister Hahn mit grossem Aufwand an die Öffentlichkeit. Noch ehe die von den Ministerpräsidenten beauftragte Kommission zusammentrat, hatte sich der baden-württembergische Ministerpräsident Kiesinger von den Ideen seines Kultusministers distanziert; Professor Hahn war bei seinem Münchener Kollegen Huber abgeblitzt. Gegenstand der ersten Besprechung der Kommission war eine Kontroverse zwischen Herrn Hahn und seinem Unionskollegen Ministerpräsident Goppel.

#### Adenauer an Brandt

Am 8. Oktober vorigen Jahres schrieb Konrad Adenauer an Willy Brandt:

- \* "Wie ich höre, besteht über die Organisation dieses Bildungsrates
- \* noch keine Einigung. Ich würde es deshalb begrüßen, wenn zwischen
- \* den Parteien möglichst bald über diese vordringliche Frage gesprochen
- \* werden würde."

Die Sozialdemokraten haben zwar keinen Zweifel daran gelassen, dass sie die Einigung über Sofortmassnahmen für wichtiger halten als die Berufung eines Bildungsrates, dessen Empfehlungen in der Hauptsache den langfristigen Planungen zugute kommen würden. Dennoch würde es die deutsche Öffentlichkeit begrüßen, wenn der CDU-Parteichef die Gelegenheit dieses Parteitages benutzte, die Kulturpolitiker der Union zu einer Einigung darüber zu bewegen, was sie in Sachen Bildungsrat eigentlich wollen. Erst dann würde ein Gespräch unter den Parteien und die Arbeit der Verhandlungskommission "sinnvoll". Wie sich die SPD die notwendige Koordinierung der Bildungspolitik, der Bildungsplanung und die Funktion eines "Deutschen Bildungsrates" in diesem Bereich vorstellt, wurde am

Wochenende vom Parteivorstand der SPD mit hinreichender Präzision festgelegt. Wer mit Sozialdemokraten verhandelt, weiss, woran er ist.

### Flucht aus der Verantwortung?

Das Bemühen um Fortschritte in der Bildungspolitik setzt funktionsfähige Parteien voraus. In der Auseinandersetzung um ihre Konzeptionen könnten sie bestimmte Schwierigkeiten und Schwerfälligkeiten der föderativen Ordnung politisch überwinden. Auf dem letzten Parteitag der CDU forderte Professor Mikat seine Partei auf, "konkrete Vorschläge zur Bewältigung kulturpolitischer Tagesfragen zu entwickeln". "Politische Parteien profilieren sich", sagte er damals, "nicht durch Negationen, sondern nur durch positive Strukturen, die sie für die verschiedensten Sachbereiche aufzuweisen vermögen."

Dem ist nichts hinzuzufügen. Es sei denn dies: Die deutsche Bildungspolitik kann nicht einfach bis zu dem Tage verschoben werden, an dem sich auch die CDU zu konstruktiven Konzeptionen durchgerungen hat. Die Regierungspartei muss es sich gefallen lassen, dass ihr die deutsche Öffentlichkeit auch im Wahlkampf diejenigen Fragen zum Thema Bildungspolitik stellt, deren Beantwortung sie der SPD einstweilen verweigert.

+ + +

Tüchtig, tüchtig!

### Herr Globke und die Reisekosten

BH - Beim Dritten Strafsenat des Bundesgerichtshofes in Karlsruhe hat man in der vergangenen Woche von "Staatsgeheimnissen" gesprochen, als bekannt wurde, dass der ehemalige Staatssekretär im Bundeskanzleramt und Intimus von Altbundeskanzler Dr. Adenauer, Hans Globke, nicht als Zeuge in dem Verratsprozess gegen den früheren Oberregierungsrat Helbig beim Bundeskanzleramt aussagen werde. Jetzt jedoch ist mitnichten von Staatsgeheimnissen die Rede, sondern von Reisekosten. Herr Globke befindet sich just in diesem Augenblick in Salazars Reich Portugal an der Atlantikküste, wohin ihn ausgerechnet vor Beginn des Helbig-Prozesses der Frühlingwind verschlagen hat. Die Reise sei zu teuer, meint man in Karlsruhe, was ja tatsächlich der Fall ist.

Sicher hätte Herr Globke darüber Auskunft geben müssen, warum er den früheren PG Helbig in das Bundeskanzleramt holte und dort dafür sorgte, dass dieser trotz kaum erfüllter Laufbahnbestimmungen verhältnismässig schnell vom Regierungsrat zum Oberregierungsrat avancierte. Herr Globke und der Angeklagte Helbig kannten sich gut; schon zu jener Zeit, als Herr Globke noch im Reichsinnenministerium als Kommentator der Judengesetzgebung tätig war. Herr Globke hätte auch sicher Auskunft darüber geben müssen, ob er nicht der Meinung sei, dass ein Mann mit der politischen Vergangenheit Helbigs ein recht gutes Objekt für politische oder sonstige Erpresser sein könnte. Herr Globke braucht das vorläufig nicht zu tun. Er befindet sich in Portugal und atmet dort die reine Luft des Abendlandes. Und die Reise von Portugal nach Karlsruhe kostet tatsächlich eine Stange Geld. Tüchtig, tüchtig!

+ + +

## Wieder kalte Dusche für Bonn

### Europa-Pläne zunächst blockiert

E.C.H. - Der europäische Frühling findet - leider ! - nicht statt. Die für den 10. Mai in Venedig geplante Konferenz der sechs EWG-Außenminister über die politische Union Europas ist geplatzt. Wenige Tage nach der Zusage der anderen EWG-Staaten erklärte der französische Außenminister Couve de Murville seinem italienischen Kollegen Fanfani in Rom, Frankreich halte die Zeit für eine solche Konferenz noch nicht für reif.

Dieses französische NEIN ist nicht nur ein Dämpfer für übertriebenen Optimismus, sondern vor allem auch eine erneute kalte Dusche für die Bonner Außenpolitik. Schließlich hätte Erhard nach dem Fiasko im Nahen Osten einen außenpolitischen Erfolg bitter nötig gehabt. Nicht einmal ihre große Kompromißbereitschaft bei den Brüsseler Verhandlungen über den EWG-Getreidepreis wurde von der Bundesregierung jetzt von Frankreich honoriert. Man muß auch fragen, ob die nach dem deutsch-französischen Vertrag erforderlichen Konsultationen in diesem Fall stattgefunden haben oder nicht. Das Erstaunen der Bundesregierung über die Absage durch de Gaulle ist immerhin auffallend. Bahnt sich hier etwa eine neue Krise in den deutsch-französischen Beziehungen an? Das wäre sehr bedauerlich.

Nun soll man zwar keine Konferenzen veranstalten, wenn nicht ein gewisser Erfolg sicher scheint. Betrübtlich ist aber, daß jene Minister, die sich regelmäßig im Rahmen der Sitzungen des EWG-Ministerrats treffen, zu einem Gespräch über die politische Einigung Europas offenbar nicht bereit sind.

- \* Für Frankreich ist eine politische Runde wohl erst dann akzeptabel;
- \* wenn es bei den anderen Partnern auf mehr Verständnis für seine
- \* n e Konzeption hoffen kann, die eine politische Union des Europa
- \* der Sechs als unabhängigen Faktor der Weltpolitik anstrebt.

Den Niederlanden ist die Zusage zu der Konferenz ziemlich schwer gefallen. Aus diplomatischen Kreisen verlautet, daß Frankreich die politische Konferenz als Faustpfand zur Durchsetzung weiterer agrarpolitischer Beschlüsse im EWG-Ministerrat betrachte. Durch das Scheitern der Venedigkonferenz sind jedenfalls die Pläne, die eine baldige Erweiterung der wirtschaftlichen auf die politische Gemeinschaft der Sechs anstreben, fürs erste auf Eis gelegt. Dies gilt auch für die Europa-Vorschläge der Bundesregierung.

"Mutter, Mutter lass das Weinen ..."

Die Leidensgeschichte eines Gesetzentwurfes  
Oder: Wie CDU/CSU - FDP den Müttern helfen wollte  
Von Wolfgang Jansen

Am 25. März hat der Deutsche Bundestag zwei Gesetzentwürfe zum Mutterschutz beraten, die von der CDU/CSU eingebracht worden waren. Erst jetzt, da sich die parlamentarische Tätigkeit ihrem Ende zuneigt, versuchen die Koalitionsparteien der beschämenden Tatsache Rechnung zu tragen, dass in der Bundesrepublik trotz Wohlstand und Wirtschaftsaufschwung die Mütter- und Säuglingssterblichkeit weit über der vergleichbarer Industrienationen liegt.

Wir wollen hier nicht wieder aufgreifen, was bei der ersten Lesung insbesondere in den sehr fundierten Darlegungen der SPD-Abgeordneten Greto R u d o l f gesagt worden ist. Die dort vorgetragene Kritik am materiellen Gehalt der Koalitionsentwürfe spricht für sich. Aber es gilt doch, das angewandte Verfahren noch einmal kritisch zu durchleuchten.

Dass Regierung oder Koalition, den Spuren der SPD folgend, einen Gesetzentwurf zu einem Thema einbringen, zu dem bereits die Sozialdemokraten eigene Entwürfe vorgelegt haben, ist nichts Neues. Auch kommt es leider öfter vor, dass sozialdemokratische Gesetzentwürfe monate- oder jahrelang nicht behandelt werden, weil man auf einen Regierungs- oder Koalitions-Nachzügler-Entwurf warten muss. So skandalös derartige Vorgänge im Grunde sind - in Bonn sind wir Kummer gewohnt.

- \* Das Novum im Falle Mutterschutzgesetz besteht darin, dass der SPD-Gesetzentwurf praktisch verabschiedungsreif war. Es besteht weiter
- \* darin, dass die Koalitionsparteien die endgültige Beschlussfassung
- \* vier Jahre hinausgezögert haben, um dann mit einem "eigenen" Entwurf nachzukommen. Und es besteht drittens darin, dass durch dieses
- \* Verfahren der Bundestag gezwungen wird, trotz der knappen verbliebenen Zeit dieser Legislaturperiode parlamentarische Doppelarbeit zu leisten.

\* \* \*

Der sozialdemokratische Gesetzentwurf wurde am 29. Juni 1962 (!) im Bundestag eingebracht. Nach der ersten Lesung im Herbst 1962 befassten sich am 14. Februar 1963 erstmalig die Ausschüsse für Arbeit und für Gesundheitswesen in einer Sachverständigenanhörung mit dem Entwurf. Die Verhandlungen des mitberatenden Gesundheitsausschusses wurden am 12. Juni 1963 abgeschlossen. In den Monaten November und Dezember 1963 hat der federführende Ausschuss für Arbeit den Entwurf intensiv beraten. Es wurden dabei aus den Koalitionsfraktionen eine Reihe von Änderungswünschen angemeldet. Dieser sogenannte erste Durchgang im Ausschuss war am 12. Dezember 1963 abgeschlossen. In dieser Sitzung erklärten die Koalitionsfraktionen, sie seien unter sich noch nicht darüber einig, ob die Mutterschaftshilfen allen Müttern oder nur den versicherten Müttern gewährt werden sollten. Dies also war der e i n z i g e offene Punkt; alles andere hätte im Abstimmungsverfahren erledigt werden können!

Die Koalitionsfraktionen stellten in dieser Dezembersitzung in Aussicht, dass sie sich bis zum Januar 1964 über ihre internen Meinungs-

verschiedenheiten schlüssig werden wollten und in der ersten Sitzung des Monats Januar die zweite Ausschusslesung beginnen könnte, in der dann von der Koalition die erforderlichen Abstimmungsanträge gestellt und entschieden werden sollten.

- \* Dazu kam es **n i c h t**! Das Gesetz erschien nicht mehr auf der
- \* Tagesordnung des Ausschusses für Arbeit. Entscheidungsreif wie
- \* es war, schlummerte es in der Schublade. Im Oktober 1964 gab
- \* es plötzlich eine Veröffentlichung in einer grossen Nachrichtenagentur, die besagte, "nunmehr" werde die Frage des Mutter-
- \* schutzes endlich aufgegriffen und durch einen Koalitionsentwurf
- \* der Lösung zugeführt werden.

Ein ebenfalls im Oktober veröffentlichter "Schwerpunktkatalog" der CDU/CSU-Fraktion nannte erneut einen eigenen Entwurf zum Mutterschutzgesetz als "vordringliches Ziel". Anfang Dezember wurde eine deutsche Tageszeitung mit Millionenaufgabe offenbar von interessierter Seite veranlasst, die Absichten der CDU/CSU mit Fanfarenbegleitung der staunenden Welt kundzutun. Die Forderungen der SPD, anstelle solcher Demonstrationen lieber das bereits entscheidungsreife Gesetz endlich zu verabschieden, blieben ungehört. Als am 17. Dezember 1964 der stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Arbeit, Walter B e h r e n d t, den Ausschussvorsitzenden Schoppmann (CDU/CSU) schriftlich aufforderte, das SPD-Gesetz nun endlich wieder auf die Tagesordnung des Ausschusses zu setzen, wurde diesem Wunsch zwar entsprochen, die Beratung des Tagesordnungspunktes unterblieb jedoch.

- \* Erst im M ä r z, nach halbjährigen Verhandlungen der Koalition,
- \* ist nun der Gesetzentwurf eingebracht und in mehrstündiger Be-
- \* ratung in erster Lesung erneut durch das Parlament gegangen.
- \* In den nächsten Wochen wird der Ausschuss für Arbeit genau
- \* das tun, was er schon einmal getan hat, nämlich den Komplex
- \* erneut beraten!

\* \* \*

Warum dieses Theater? Die Koalition hat sich wieder einmal über ein Jahr lang nicht darüber einigen können, was sie eigentlich wollte. Und sie versucht, diesen miserablen Eindruck durch eine Art modifizierten Abschreibens bei der SPD zu verwischen. Sie möchte die deutsche Bevölkerung glauben machen, die Koalition bringe den Müttern die Segnungen eines Schutzgesetzes, nachdem sie in Wahrheit den Müttern einen verbesserten Schutz über ein Jahr lang **v o r e n t h a l t e n** hat. Wäre der ganze Vorgang nicht so entsetzlich traurig, man müsste über die Naivität der Koalition herzlich lachen.

\* \* \*

## Ein Bonner Schildbürgerstreich

### Atom Müll an der Zonengrenze

Von Klaus Rusticus, Hannover

Dieser Schildbürgerstreich des Bundesforschungsministeriums begann nicht etwa, als die Absicht bekannt wurde, in einem stillgelegten Salzbergwerk in der niedersächsischen Asse, nahe der Zonengrenze, das erste Atom Mülllager in der Bundesrepublik zu schaffen. Von einem Schildbürgerstreich konnte auch nicht im entferntesten die Rede sein, als der zuständige Kreistag in der alten Lessingstadt Wolfenbüttel einstimmig (SPD, CDU u. FDP) dagegen Protest erhob. Als vielmehr im September 1964 dieser Einspruch schriftlich dem Bundesforschungsministerium unterbreitet worden war, begann die Bonner Ministerialbürokratie, daraus einen solchen Streich zu machen.

In Bonn liess man sich Zeit. Nach einem halben Jahr etwa wurde der Einspruch des Zonengrenzkreises beantwortet. Einen Monat vorher hatte der Landkreis das Forschungsministerium um Beantwortung gebeten.

In der Zwischenzeit hatte sich schon der zuständige Bundestagsausschuss mit dem unstrittenen Plan beschäftigt. Der Bundestagsabgeordnete des Zonengrenzkreises, Dr. Heinz Morgenstern (SPD), hatte schon mehrere Instanzen konsultiert und viele Schritte unternommen, damit dem Einspruch stattgegeben würde. Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion hatte sich schon mit dem Problem auseinandergesetzt und war zu dem Entschluss gekommen, eine solche Atom Müllagerung in einem Zonengrenzgebiet sei aus psychologisch-politischen Gründen abzulehnen.

Kein Wunder, dass man in der älterwürdigen Lessingstadt nicht die Köpfe schüttelte, weil man so lange auf Antwort aus Bonn warten musste, sondern vor allem darum, weil man im Bundesforschungsministerium Monate benötigte, um den Kreistag mitzuteilen, sein Einspruch sei "zuständigkeitshalber an den niedersächsischen Innenminister abgegeben" worden.

Als "unerhört" bezeichnete daraufhin MdB Dr. Morgenstern den "Versuch", mit formalen Mätzchen das dringliche Anliegen eines über 130 000 Einwohner zählenden Landkreises abzuwürgen. Er hält das Bundesforschungsministerium auch heute noch für allein zuständig.

Unerhört in der Tat, weil die Bonner Ministerialbürokratie aus der nüchternen Frage, ob die Lagerung der "Abfälle" der Kernenergieforschung nahe dem "Eisernen Vorhang" viel schneller als gedacht von SED-Agitatoren zum Politikum gestempelt werden könnte, zeitlich und sachlich einen Schildbürgerstreich machte.

So ist es also - genau betrachtet - ein trauriger oder überhaupt kein Streich. Und wollte man selbst bei dieser zur Lächerlichkeit degradierten Sache wider den tierischen Ernst zu Felde ziehen (weil schliesslich auch in Ministerien nur Menschen sitzen), so bliebe zuletzt der "schwarze Peter" übrig. Niedersachsens Innenminister wird kaum geneigt sein, diesen "schwarzen Peter" zu ziehen.